

semitismus. Die Studie ist mithin der nicht uninteressante Versuch, die Frage nach dem Wesen des Vichy-Regimes aus einem soziologischen und sozialgeschichtlichen Blickwinkel zu betrachten.

Corinna FRANZ, Bonn

Yves-Frédéric JAFFRÉ, *Il y a cinquante ans. Pierre Laval. Le procès qui n'a pas eu lieu*, Paris (Albin Michel) 1995, 350 S.

Yves-Frédéric Jaffré war 23 Jahre jung, als er im August 1945 zu einem der drei Verteidiger von Pierre Laval bestellt wurde, der sich als Mitglied der Vichy-Regierung vor dem Haute Cour de Justice zu verantworten hatte. In den rund zwei Monaten bis zur Vollstreckung des Todesurteils gegen Laval am 15. Oktober 1945 besuchte Jaffré seinen Klienten 72mal im Gefängnis von Fresnes. Eine emotionale Bindung zu Pierre Laval und dessen Familie entstand, die ein halbes Jahrhundert später zur Triebfeder des vorliegenden Buches werden sollte.

Der Prozeß hatte den Glauben des jungen Anwalts an die Grundprinzipien der Rechtsprechung erschüttert. Weder, so das Urteil Jaffrés, seien die Untersuchungen sorgfältig geführt worden, noch habe Laval Gelegenheit erhalten, sich angemessen zu äußern. Es ist dies ein Vorwurf, der auch von anderen gegen die Verfahren vor dem Haute Cour de Justice erhoben wurde. Doch das Buch handelt nicht in erster Linie von dem, was Jaffré als einen Justizskandal bezeichnet. Fünfzig Jahre nach dem Prozeß hat Jaffré nun noch einmal die Verteidigung Lavals übernommen. Punkt für Punkt nimmt er zu den Vorwürfen der Anklage Stellung und schildert Handlungen und Haltungen des Politikers der Vorkriegs- und der Besatzungszeit aus dessen Perspektive.

Jaffrés Buch steht in einer Linie mit den Anmerkungen Lavals zur Anklageschrift, die der Verurteilte wenige Tage vor seiner Erschießung noch zu Papier gebracht hatte, und die unter dem Titel »Laval parle ...« veröffentlicht sind. Es ist auch in Verbindung zu sehen mit der Biographie, die René de Chambrun über seinen Schwiegervater verfaßt hat. Die vorliegende Publikation Jaffrés hat in ihrer rechtfertigenden Tendenz die Eindimensionalität von Memoirenliteratur. Es ist das Plädoyer eines Juristen für Pierre Laval. Dem Historiker vermittelt es zwar einige Anekdoten und Bonmots, aber keine neuen Fakten. Dafür bietet es eine Innensicht des Phänomens der Kollaboration. Geht man an die Lektüre des Buches, so geschieht dies allein unter der Devise »audiatur et altera pars«.

Corinna FRANZ, Bonn

Lothar ALBERTIN, Hans F. W. GRINGMUTH (Hg.), *Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Führungsorgane und Politik der FDP*, Düsseldorf (Droste) 1995, LIV–383 S. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, 10).

Der parteipolitische Neubeginn nach Ende des Zweiten Weltkrieges war für die Liberalen ungleich schwieriger als für die Christdemokraten oder die Sozialdemokraten. Die liberalen Vorläuferparteien, vor allem die DVP, standen in keinem guten Ruf. Da das liberale Bürgertum dem Nationalsozialismus von Anfang an nichts wirksam entgegenzusetzen gehabt hatte, provozierte und verstärkte der Nationalsozialismus umgekehrt die Krise des Bürgertums. Zweifellos verzeichnet die Geschichte des Widerstandes auch die Mitwirkung von »Liberalen«; diese agierten jedoch nicht als liberale Parteipolitiker, sondern als liberale Bürger. Deren »Milieu« wiederum, das sich nicht über Vereine oder Verbände, sondern über Honoratioren konstituierte, hatte nach 1945 ausgedient. An die Stelle »personalinte-



grierter« traten jetzt »organisationszentrierte Milieus«, wie Karl-Heinz Naßmacher es formuliert hat. Unter diesen Umständen hatten vor allem Sammlungsbewegungen eine neue Chance, und deren Leitbilder fanden sich am ehesten in Organisationen wie den Kirchen oder den Gewerkschaften. Doch hier verfügten die Liberalen bekanntermaßen über keinen nennenswerten Rückhalt. Die fehlende Unterstützung, die sich zum Beispiel von seiten der Gewerkschaften abzeichnete, führte im Februar 1948 sogar dazu, daß Überlegungen zur Gründung einer eigenen Gewerkschaft angestellt, bzw. Appelle zum Beitritt »vor allem in die DAG und die Beamten-gewerkschaften« (S. 294ff.) ausgegeben wurden. Gleichzeitig hielten die Gründerväter mehrheitlich Distanz zu den Kirchen. Für sie war, wie der erste FDP-Vorsitzende Wilhelm Heile es ausdrückte, »Politik ... beinahe dasselbe wie Religion« (S. 43). Auch zeichnete sich für die FDP kein »natürlicher« Bündnispartner unter den übrigen Parteien ab. Während die norddeutschen Landesverbände eher Koalitionen mit der SPD anstrebten, war im Westen die wachsende Nähe zur CDU unübersehbar – bis hin zur Fusion, die auch Adenauer zeitweilig für möglich hielt.

Bevor es jedoch zur ersten Koalition kommen konnte, bedurfte die FDP einer Selbstfindung und umfassenden Konsolidierung im Innern. Der in den ersten Jahren äußerst geringe Mitglieder- und Wählerstand konnte nur mühsam auf eine tragfähige Basis gestellt werden. Die hier vorgelegten Dokumente lassen die Anstrengungen erkennen, die damit verknüpft waren. Sie umfassen den Zeitraum von den ersten Aufrufen unterschiedlicher liberaler Parteineugründungen über die Bildung des Zonenverbandes in Opladen im Januar 1946 bis zu den vorbereitenden Planungen für einen gesamtdeutschen Parteitag, der schließlich im Dezember 1948 nach Bremen einberufen werden konnte.

Während dieser gesamten drei Jahre kam der britischen Besatzungszone, vor allem Nordrhein-Westfalen, eine einflußreiche und oft auch richtungweisende Rolle zu, so daß die regionale Auswahl der Dokumente von ihrer politischen Bedeutung her vollauf gerechtfertigt erscheint. Zum Kernbestand dieser mit großer Sorgfalt bearbeiteten Edition gehören die Protokolle der Sitzungen des Zonenvorstandes und des Zentralausschusses des FDP-Zonenverbandes in der britischen Besatzungszone sowie die Dokumente zur Gründungstagung in Opladen und weiterer 19 Tagungen des Zonenvorstandes. Das schrittweise Anwachsen und die Konsolidierung der Partei werden zudem durch die Einbeziehung sämtlicher überlieferten Satzungen anschaulich belegt. Der hier vorgelegte Quellenband erleichtert nicht nur in vielen Fällen den Zugriff; er bietet der Forschung auch bislang zum Teil unbekanntes Material in verbindlicher Form.

Helmut REIFELD, Sankt-Augustin

Hans-Jürgen DÖSCHER, *Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer – zwischen Neubeginn und Kontinuität*, Berlin (Akademie) 1995, 405 S.

Hatte er bereits mit seinem Buch über die Verstrickung führender Repräsentanten des Auswärtigen Amtes mit der menschenverachtenden Politik des »Dritten Reiches« 1987 Aufsehen erregt, so bemüht sich Döschler in einer Fortsetzung der damaligen Arbeit nun darum, dunkelbraune Schatten auf die Diplomatie in der jungen Bundesrepublik Deutschland zu werfen. Im Mittelpunkt seiner Studie über den Aufbau des Auswärtigen Amtes nach dem Zweiten Weltkrieg steht die These, daß »soziale Homogenität, traditioneller Korpsgeist, mehr oder minder ausgeprägte Anpassung im Dritten Reich, Verlust der Privilegien und des Sozialprestiges nach 1945 sowie bange Hoffnung auf berufliche Zukunft ... eine verschworene Gesellschaft [schufen], die sich gegen den Vorwurf der Verstrickung in nationalsozialistische Gewaltverbrechen ebenso zur Wehr setzte wie gegen alliierte Vorbehalte und parlamentarische Kontrolle ihrer Wiederverwendung« (S. 307).